

se mit ihren Privatarmeen sind. Und er hat die fehlende Wehrgerechtigkeit zugegeben. Aber was folgte auf diese Überschriften? Hat er überlegt, wie der Krieg durch Verhandlungen möglichst schnell zu beenden ist? Nein - er hat sich mit dem Außenminister gestritten, wie lange der Krieg noch weitergehen soll. Und was hat er mit der fehlenden Wehrgerechtigkeit gemacht? Umrüstung auf zivile Konfliktbearbeitung hat er jedenfalls nicht vorgeschlagen sondern die Umstellung auf eine Freiwilligenarmee, die für Krieg besser geeignet ist. Das freilich wurde nicht organisiert. Das Ministerium sollte halbiert werden, da hatten die Beamten vermutlich wenig Ehrgeiz, möglichst schnell ihre Stellen zu streichen. Der Verteidigungsminister hatte sein Haus jedenfalls nicht im Griff. Jetzt beschwerten sich der Inspekteur des Heeres und der Bundeswehrverband, dass sich fast keine Freiwilligen melden. Die jungen Leute sehnen sich nicht nach tödlichen Abenteuern.

Die Pleite bei der Bundeswehr kann uns egal sein. Aber sie betrifft auch alle Aufgaben, die von Zivilis und anderen, die nicht zur Bundeswehr wollten, wahrgenommen wurden. Jetzt müssen die freiwilli-

gen Feuerwehren und das Rote Kreuz, die Rettungsdienste und die DLRG Freiwillige suchen, die nicht mehr kommen, um der Wehrpflicht auszuweichen, sondern einfach um zu helfen. Aber das politische Talent hat leider die Aussetzung der Wehrpflicht so dilettantisch verkündet, dass er in den Bereichen der Ersatzdienste nur Chaos angerichtet hat. Absprachen im Kabinett oder Informationen der Freiwilligendienste gab es anscheinend nicht. Jetzt müssen die neuen Zuständigen in den Ministerien halt sehen, wie sie mit dem Chaos zurechtkommen.

Trotzdem gibt es Leute, die traurig sind, dass die Bundeswehr nicht von einem Betrüger geführt wird. Und die CSU ist fuchsteufelswild, dass nicht alle in der Union der Mafia-Devisen gefolgt sind, dass man »Freunden« unter allen Umständen hilft. Es war jedenfalls Zeit, dass dieser Verteidigungsminister seinen Hut nahm, und es wird wichtig sein, dass er nicht wiederkommt..

Ulrich Finckh ist Mitglied im Versöhnungsbund und war bis 2003 mehr als drei Jahrzehnte Vorsitzender der Zentralstelle KD.V.



Manfred Pappenberger

Die Kehrseite der Medaille (Teil 2)¹⁾

Die Neuausrichtung der Bundeswehr korrespondiert mit einer neuen Ordens- und Opferkultur

Der Transformationsprozess der Bundeswehr unterliegt einer zunehmenden Dynamisierung. Dies zeigt sich nicht nur im schnellen Ende der Wehrpflicht, auch vom Staatsbürger in Uniform wird immer seltener gesprochen, dafür um so öfter vom Kampsoldaten, der für deutsche Interessen in aller Welt eintritt. Kampsoldaten benötigen zu diesem Zweck neben High-Tech-Waffensystemen eine professionelle Ausbildung und eine adäquate Anerkennungs- und Ordenskultur. Deshalb wurde die Gefechtsmedaille – ein Orden für die kämpfende Truppe eingeführt.

Die jüngste Entwicklung zeigt, dass Politiker und Militärs in immer kürzeren Abständen immer neue Auszeichnungen ersinnen. Dabei wird deutlich, dass sich die Geschichte der Ehrenzeichen und Orden der Bundeswehr und die jeweilige Ausrichtung der Bundeswehr gegenseitig entsprechen.

Am 29. November 2010 verlieh Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) zum ersten Mal offiziell die neue, durch ihn selbst initiierte Gefechtsmedaille der Bundeswehr an 15 Bundeswehrsoldaten, von denen elf die Auszeichnung posthum erhielten.²⁾

Zwar fand ein im gleichen Zeitraum beantragter Verwundetenorden keine Zustimmung im Bundespräsidialamt, doch ist es gerade einmal zwei Jahre her, dass der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) das »Ehrenkreuz für Tapferkeit« einführte.

■ Zur Geschichte der deutschen Ordenskultur

Im Gegensatz zu autoritären Regimen oder (Militär-) Diktaturen üben demokratische Staatsformen eine eher zurückhaltende Verleihungspraxis von militärischen Orden und Auszeichnungen aus. Nach den Erfahrungen eines im Nationalsozialismus gepflegten übersteigerten Heldenkults und militärischen Pathos, verbunden mit einer inflationären Vergabe von militärischen Orden und Symbolen, erließen die Alliierten nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands ein generelles Ordnungsverbot. Auch die (Verteidigungs-)Politiker in der 1949 gegründeten Bundesrepublik hielten sich aus diesem Grunde lange Zeit zurück. Es sollte noch über drei Jahrzehnte dauern,

1) Vgl. Pappenberger, Manfred: Die Kehrseite der Medaille. Aspekte des neuen Bundeswehrordens. In: *Forum Pazifismus* Nr. 23, III/2009, S. 33-38, anlässlich der Einführung des »Ehrenkreuz für Tapferkeit«

2) Bereits am 25. November 2010 hatte der Verteidigungsminister in einer persönlichen Veranstaltung die neue Gefechtsmedaille an den Hauptgefreiten Sergej Motz vergeben, der am 29. April 2009 in der Nähe von Kunduz/Afghanistan im Rahmen des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr, gefallen war.

bis die ersten Ehrenzeichen der Bundeswehr geschaffen wurden.

»Das Ehrenzeichen der Bundeswehr ist der Dank der Demokratie an Demokraten, an Staatsbürger, die durch besonderen Einsatz für unser Land mehr getan haben als ihre Pflicht.«³⁾ Mit diesen Worten verlieh der Bundesminister der Verteidigung Hans Apel (SPD) am 12. November 1980, anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Bundeswehr, die ersten 34 Ehrenzeichen an Soldaten und zivile Mitarbeiter der Bundeswehr. Das Ehrenzeichen wurde zunächst in 4 Stufen verliehen: als Ehrenmedaille nach einer Dienstzeit von sieben Monaten (Grundwehrdienstleistende), als Ehrenkreuz in Bronze, Silber und Gold nach fünf, zehn bzw. nach zwanzig Dienstjahren. Damit orientierte sich das System der Ordensverleihung innerhalb der Bundeswehr eher am Ideal des pflichtbewussten Staatsdieners.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion und der Überwindung des Kalten Krieges änderte sich die Ausrichtung der Bundeswehr von einer Landesverteidigungs- über eine Interventionsarmee hin zu einer Armee im Einsatz bzw. Krieg und mit ihr auch das Ordenssystem.

Der Bundesminister der Verteidigungsminister Franz Josef Jung stiftete am 13. August 2008 als neue und fünfte Stufe des Ehrenzeichens das Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit. Bundespräsident Horst Köhler (CDU) genehmigte diese erste Tapferkeitsauszeichnung der Bundeswehr am 18. September 2008. Am 06. Juli 2009 wurden erstmals vier Bundeswehrsoldaten von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit dem neu geschaffenen »Ehrenkreuz für Tapferkeit« ausgezeichnet. Sie hatten sich im Oktober 2008 nach dem Anschlag eines Selbstmordattentäters um verletzte Kameraden und afghanische Zivilisten unter Einsatz ihres eigenen Lebens gekümmert.

Das Ehrenkreuz für Tapferkeit, das als Sonderstufe für Handlungen eingeführt wurde, die »weit über das erwartete Maß an Tapferkeit im Rahmen der Pflichterfüllung hinausgehen« ist nicht mehr an eine Mindestdienstzeit gebunden und wurde auf Initiative von Verteidigungsminister Jung insbesondere für Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen geschaffen.

Kritik erfuhr das neue Ehrenkreuz allein aufgrund dessen äußerer Form, die stark an das sowohl im Ersten (1914-1918) als auch im Zweiten Weltkrieg (1939-1945) verliehene Eisernes Kreuz erinnerte. Insbesondere die Nationalsozialisten praktizierten eine inflationäre Vergabe von militärischen Orden und Symbolen. Bis 1945 wurden unter NS-Herrschaft rund 3 Millionen Eisernes Kreuz 2. Klasse (EK II) und knapp eine halbe Million EK I vergeben. 1939 stiftete Adolf Hitler das Ritterkreuz, das im Verlauf des Krieges mehrere Steigerungen wie Eichenlaub, Schwerter und Brillanten erfuhr.⁴⁾

3) Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Ehrenzeichen und Einsatzmedaillen, Berlin 2009, S. 4

Mit der neuen Gefechtsmedaille der Bundeswehr, die am 12. November 2010 von Bundespräsident Christian Wulff (CDU) genehmigt wurde, werden Soldaten ausgezeichnet, die mindestens einmal aktiv an Gefechten teilgenommen oder terroristische bzw. militärische Gewalt unter hoher persönlicher Gefährdung erlitten haben. Die »Einsatzmedaille Gefecht« kann auch posthum verliehen werden und ist an keine Mindestdienstdauer gebunden. Sie kann nur für Sachverhalte verliehen werden, bei denen die Voraussetzungen nach dem 28. April 2009 erfüllt worden sind. Dieser Stichtag wurde gewählt, weil am 29. April 2009 Sergej Motz (*vgl. FN 2*) mit seiner Patrouille in der Nähe von Kunduz (Afghanistan) in einen Hinterhalt geriet und bei dem anschließenden Gefecht getötet wurde. Er gilt als der erste deutsche Soldat, der bei einem Feuergefecht, nicht etwa bei einem Bombenattentat, ums Leben kam.

Mit der Einführung der Gefechtsmedaille kommt das Verteidigungsministerium auch einer weit verbreiteten innermilitärischen Kritik, insbesondere der kämpfenden Truppe wie Fallschirmjägern oder Panzergrenadieren entgegen, wonach die bisherige Einsatzmedaille der Bundeswehr keinerlei Unterschiede darüber macht, ob der Auslandseinsatz im Feldlager erfolgt oder in umkämpftem Gebiet mit »echter Feindberührung«.

Die Gier nach Rohstoffen – wahrscheinlichste Kriegsursache im 21. Jahrhundert

Die alte Bundeswehr als Landesverteidigungsarmee ist nach Beendigung des Kalten Krieges endgültig Geschichte. Auch der Begriff »Armee im Einsatz«, der eine Armee als besseres technisches Hilfswerk mit humaner und friedlicher Zielsetzung suggerierte, ist überholt. Die neue Realität beschreibt immer mehr eine Armee im Krieg, deren Ziel auch die Sicherung von Rohstoffen und Handelswegen sein kann. Auf der Europäischen Sicherheitskonferenz am 9. November 2010 in Berlin hat Verteidigungsminister zu Guttenberg dazu aufgerufen, Sicherheitspolitik und Wirtschaftsinteressen enger miteinander zu verbinden. »Die Sicherung der Handelswege und der Rohstoffquellen sind ohne Zweifel unter militärischen und globalstrategischen Gesichtspunkten zu betrachten.«⁵⁾ Wenn die Wahrung nationaler Interessen, etwa die gesicherte Energie- und Rohstoffversorgung zu einem legitimen Anlass für eine militärische Intervention wird, ist es zu einem Angriffskrieg – insbesondere im Zeitalter globalisierter Wirtschaftssysteme bei gleichzeitig knapper werdenden Ressourcen – nicht mehr weit.

Zunächst soll in diesem Zusammenhang an die rechtlichen Grenzen erinnert werden, die das Grundgesetz (GG) der Bundesrepublik Deutsch-

4) Das bundesdeutsche Ordensgesetz von 1957 erlaubt das Tragen des Eisernen Kreuz aus dem Zweiten Weltkrieg nur ohne Hakenkreuz und mit dem Nachweis des korrekten Erwerbs.

5) Quelle: RP-Online.de / 09.11.2010, in: Bundesausschuss Friedensratschlag (Hrsg.): Friedensjournal Nr. 6, November 2010, S. 7

land aufzeigt. In Art. 87a GG ist ein Einsatz der Bundeswehr strikt an den Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung gebunden, und Art. 26 GG verbietet jegliche Aktivitäten zur Vorbereitung eines Angriffskrieges. Auch das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat im Fall Florian Pfaff in seinem Urteil vom 21. Juni 2005 in eindeutiger Weise Grenzen eines militärischen Einsatzes der Bundeswehr herausgearbeitet. »Der Einsatz der Bundeswehr »zur Verteidigung« ist mithin stets nur als Abwehr gegen einen »militärischen Angriff« (»armed attack« nach Art. 51 UN-Charta) erlaubt, jedoch nicht zur Verfolgung, Durchsetzung und Sicherung ökonomischer oder politischer Interessen.«⁶⁾

Auch vom Völkerrecht ist der Einsatz militärischer Gewalt nur in zwei eng definierten Fällen gedeckt: Zur Abwendung einer militärischen Aggression als individuelle oder kollektive Verteidigungsmaßnahme nach Art. 51 (»Recht auf Selbstverteidigung«) oder falls die internationale Sicherheit und der Weltfrieden bedroht sind (Art. 39).

Eine Ausrichtung der Sicherheitspolitik auf militärische Einsätze zum Zwecke der Sicherung wirtschaftlicher Interessen führt zu einer Politik des Stärkeren und läßt Werte wie Gerechtigkeit, fairer Interessenausgleich und internationale Solidarität zu zynischen Worthülsen verkommen.

An dieser Stelle ist zu fragen, ob es nicht nur friedenspolitisch, sondern auch ökonomisch günstiger wäre, wenn die Kosten der Militäreinsätze, die für die Sicherung von Handelswegen und Rohstoffquellen aufgewendet werden, zu einer fairen Verhandlung und Bezahlung von Rohstoffen verwendet werden würden.

Die Gesellschaft jedenfalls soll darauf eingestimmt werden, dass der Ernstfall Auslandseinsatz der Bundeswehr zum Normalfall bundesdeutscher Außenpolitik werden soll. Der Geschichts- und Politikwissenschaftler und ehemalige Direktor für Militär und Gesellschaft am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, Detlef Bald, formuliert es so: »Mit der Gefechtsmedaille werden in der Tat das kriegerische Element und der alte Kriegerkult im Militär hofiert – und das ist zu bedauern.« »Man kann daran eine neue Etappe der schleichenden Militarisierung der Außenpolitik der Bundesrepublik erkennen.«⁷⁾

■ Der soldatische Opferkult

Dieser schleichende Prozess zunehmender Militarisierung lässt sich sehr schön an den Begrifflichkeiten der politisch Verantwortlichen dokumentieren, die im Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr verwendet wurden. Auf Krieg und getötete Soldaten musste die zutiefst zivile bundesrepublikanische Gesellschaft erst langsam vorbereitet werden. Die Regierungsparteien benutzten Be-

griffe wie »Friedensmission«, »Aufbauhilfe«, »Stabilisierungseinsatz« oder »(robuster) Kampfeinsatz«, das Wort »Krieg« wurde lange Zeit tunlichst vermieden. Auch bei Auslandseinsätzen verletzte, traumatisierte oder gar getötete Soldaten hat die Politik lange Zeit wie Verkehrsoffer behandelt. Mit der steigenden Zahl kranker, verletzter oder getöteter Soldaten konnte das Thema nicht länger verschwiegen werden. Erst im Oktober 2008 nannte der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung erstmals einen toten Bundeswehrsoldaten einen »Gefallenen«. Jetzt galt es neben dem Ordenskult für soldatische Tapferkeit und Heldentum das Bedeutungsfeld des Opferkults zu erschließen, das den Tod »auf dem Schlachtfeld« ideologisch überhöht. Der militärische Totenkult bewirkt, dass jeder »Gefallene« nicht umsonst gestorben sei, dass sein Opfer Mahnung und Auftrag sei, den Krieg fortzusetzen.

Alle militärischen Rituale und offiziellen Gedenkzeremonien versuchen, der Sinnlosigkeit des Todes einen höheren Sinn entgegenzusetzen.

Zur Etablierung des soldatischen Opferkults trug die Errichtung des Ehrenmals der Bundeswehr im Bendler-Block, dem heutigen Amtssitz des Verteidigungsministers, das am 8. September 2009 von dem damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler feierlich eingeweiht wurde, in entscheidender Weise bei. Dort werden die Namen aller seit der Gründung der Bundeswehr im Jahre 1955 im Dienst ums Leben gekommenen Soldaten für jeweils fünf Sekunden an eine Wand projiziert. Die Projektion der mehr als 3.100 Getöteten dauert zur Zeit etwa neun Minuten.

Militärische Symbole, gerade in einer Armee, die auf die Wahrung und Verteidigung von Recht und Freiheit abzielt (Angela Merkel), bedürfen einer besonderen gesellschaftlichen Legitimation und einer breiten gesellschaftspolitischen Diskussion. Die militärische Anerkennungs- und Ordenskultur sowie der soldatische Opferkult müssen insbesondere auf ihre kriegsfördernde Wirkung hinterfragt werden.

■ Die Aussetzung der Wehrpflicht

Die Strukturkommission der Bundeswehr fordert einen radikalen Umbau des Verteidigungsministeriums und der Bundeswehr. »Konsequent auf den Einsatz ausgerichtet und deutlich effizienter als heute muss die Bundeswehr der Zukunft sein. Die Streitkräfte sind auf rasch und flexibel einsetzbare, hochprofessionelle und schnell lernfähige Elemente zu konzentrieren, die der politischen Führung möglichst viele Optionen über das gesamte Fähigkeitspektrum bieten.«⁸⁾

»Vom Einsatz her denken«, bzw. die Kriegsführungsfähigkeit im Ausland sind die strukturbestimmenden Merkmale der Neuausrichtung der Bundes-

6) Vgl. BVerwG 2 WD 12.04, S. 30

7) Vgl. »Ein Zeichen für zunehmende Militarisierung«, tagesschau.de

8) Vgl. Strukturkommission der Bundeswehr: Vom Einsatz her denken – Konzentration, Flexibilität, Effizienz (Weise-Bericht), S. 18. Vgl. hierzu auch: Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr vom 7. Juni 2010, S. 12

wehr. Die gegenwärtige Struktur der Bundeswehr als Wehrpflichtigenarmee hat bereits mit knapp über 7.000 Soldaten, die im Ausland eingesetzt sind (Stand Januar 2011), ihre Kapazitäts- und Leistungsgrenzen erreicht. Mit einer Berufs- bzw. Freiwilligenarmee soll die Zahl der Soldaten, die außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik eingesetzt werden können, wesentlich erhöht werden.

Doch der Wegfall der Wehrpflicht hat noch einen weiteren entscheidenden Vorteil. Die Aussetzung der Wehr-Pflicht entlastet sowohl Politiker und Militärs als auch die gesamte Gesellschaft in einem wesentlichen Punkt von der Verantwortung, die eine Armee im Krieg mit sich bringt. Es ist die unterstellte Freiwilligkeit jedes einzelnen Individuums, der selbstbestimmte Einsatz ohne staatlichen Zwang, der das Wissen um die Gefahren und Risiken für das eigene Leben impliziert, der diese entlastende Funktion bewirkt. Wer sich eigenständig und frei für etwas entscheidet ist auch in hohem Maße für die Konsequenzen, die ihn erwarten können, selbst verantwortlich. Das neue Ordenssystem der Bundeswehr wird den neuen Einsatzrealitäten der Bundeswehr angepasst. Es bedeutet eine schleichende Mili-

tarisierung und korrespondiert ebenso deutlich mit einer Neuausrichtung der Bundeswehr im Hinblick auf eine zunehmende Militarisation deutscher Außenpolitik.

Die Strukturkommission empfiehlt einen »grundsätzlichen gesellschaftlichen Diskurs über die Bundeswehr, ihren Auftrag und ihre Einsätze zu führen. Dazu gehört auch eine von Beginn an transparente Diskussion über Entscheidungen zum Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte.«⁹⁾

Die Bundeswehr – so ist zu befürchten – ist auf dem Weg zu einer Kriegsführungsarmee auch und gerade weil eine offene, gesamtgesellschaftliche Diskussion über Kriterien für militärische Einsätze der Bundeswehr nicht geführt wird.

Manfred Pappenberger ist Dipl.-Pädagoge und Dozent für politische Bildung an der Zivildienstschule Bad Staffelstein. In dem Beitrag vertritt er ausschließlich seine persönliche Meinung.

9) Vgl. Strukturkommission der Bundeswehr: Vom Einsatz her denken – Konzentration, Flexibilität, Effizienz (Weise-Bericht), S. 28



Andreas Zumach

Der Tod ist wieder ein Meister aus Deutschland

Göttinger Friedenspreis 2011 an ORL und die GKKE

Wir erleben in diesen Tagen und Wochen historische Umwälzungen in den Staaten des Nahen/Mittleren Ostens und Nordafrikas. Für die Bevölkerungen dieser Länder ist der Umbruch von ebenso tiefer Bedeutung wie es für uns EuropäerInnen 1989 der Fall der Mauer und das Ende des Kalten Krieges waren.

Wir, die Länder des demokratischen Westens haben in den letzten 50 Jahren auf die autoritären und diktatorischen Regimes im Nahen/Mittleren Osten und Nordafrika gesetzt. Weil sie uns verlässlich billiges Ölliefer(te)n oder unserer Wirtschaft wie im Falle des libyschen Ghadhafi-Regimes milliardenschwere Aufträge bescheren und die lästigen Flüchtlinge aus Afrika vom Hals hielten. Und weil diese Regimes uns als einzig verlässlicher Garant galten gegen die vermeintliche Gefahr einer islamistischen Machtübernahme in diesen Ländern.

Ein wichtiges Mittel zur Unterstützung dieser Regimes war – und ist bis auf Libyen unverändert – die Lieferung von Kriegswaffen und anderen Rüstungsgütern sowie von Waffen und Folterinstrumenten, mit denen Polizei, Geheimdienste und interne Sicherheitsorgane die Opposition unterdrücken. Die Lieferung erfolgte, obwohl zumindest der Nahe und Mittlere Osten seit Ende der 1940er Jahre

zu den gefährlichsten und unstabilsten Spannungsbereichen der Welt gehört. Ein Teil der Waffen, die der Westen und auch die damalige Sowjetunion an arabische Staaten lieferte, wurde von diesen in den Kriegen mit – dem ebenfalls vom Westen aufgerüsteten – Israel eingesetzt. Nach einer kürzlich veröffentlichten Analyse des Bonner Internationalen Konversionszentrums (BICC) ist der Nahe/Mittlere Osten heute die am stärksten durch Rüstungsimpulse militarisierte Region der Welt.

Die Lieferung von Waffen und Ausrüstung zur Kriegsführung sowie zur innerstaatlichen Unterdrückung an diktatorische Regimes im Nahen/Mittleren Osten und Nordafrika ebenso wie an Diktaturen und in Spannungsbereichen in anderen Weltregionen ist nach meiner Überzeugung der größte permanente Skandal deutscher Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik. Nicht nur, weil diese deutschen Exporte verantwortlich sind für den Tod, die lebenslange Verstümmelung, gewaltsame Unterdrückung oder Folter von hunderten Tausenden Menschen in aller Welt, sondern auch, weil die Ausgaben der Empfängerländer der deutschen Waffen und Unterdrückungsinstrumente den Staatshaushalten dieser Länder kostbare Ressourcen entziehen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung.